

Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #8: Flugverbot für Dienstreisen

Der Klimawandel wird die Welt, wie wir sie heute kennen, völlig zerstören. Diese menschengemachte Katastrophe lässt sich nicht mehr vollständig stoppen oder rückgängig machen. Wir müssen aber alles tun, um die verheerenden Folgen, die sich bereits heute zeigen, so weit wie möglich zu verhindern. Dafür müssen wir jetzt handeln. Kleine kosmetische Massnahmen reichen dafür nicht. Es kann auch nicht sein, dass weiterhin nur an die Eigenverantwortung von uns allen appelliert wird. Es braucht griffige, gesetzliche Massnahmen – auch in der Stadt Bern.

Der Wohnbaufonds lässt sich vom Wiener Wohnungsbau inspirieren, für die Velooffensive werden die führenden Velostädte im Norden Europas besucht: Die Stadt Bern will in verschiedenen Bereichen von den führenden Städten Europas lernen. Zu diesem Zweck reisen Mitglieder von Kommissionen, Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sowie Angestellte der Verwaltung ins Ausland. Zwar begrüßen wir, dass für sich die Stadtverwaltung an den guten Beispielen aus anderen Städten orientiert und sich davon inspirieren lässt. Doch ein Abschauen von nachhaltiger Verkehrspolitik in Kopenhagen passt nicht zusammen mit einer klimaschädlichen Flugreise nach Kopenhagen. Bis heute gibt es keine Richtlinien, die solche Dienstreisen per Flugzeug für Stadtangestellte verbieten.

Antrag

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, die Benutzung des Flugzeugs für sich sowie für die Dienstreisen aller städtischen Angestellten zu verbieten.

Bern, 04. April 2019

Erstunterzeichnende: Eva Krattiger, Seraina Patzen

Mitunterzeichnende: Devrim Abbasoglu-Akturan, Leena Schmitter, Franziska Grossenbacher, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill, Regula Bühlmann, Rahel Ruch

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Für den Gemeinderat ist der Klimaschutz ein zentrales Thema. Die Stadt steht in der Verantwortung, auf lokaler Ebene einen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu leisten. In der Stadt wurde das kantonale Energiegesetz mit fast 73 Prozent der Stimmen angenommen: Dieses Abstimmungsresultat versteht der Gemeinderat zusammen mit den jüngsten Klimastreiks als klare Bestätigung für die Stadtberner Energiepolitik und gleichzeitig als Auftrag, über das bisher Geplante hinaus weitere Massnahmen für einen wirksamen Klimaschutz umzusetzen.

Im Bereich der geschäftlichen Mobilität hat der Gemeinderat per 1. Januar 2018 die städtische Mobilitätspolicy erlassen. Diese macht den städtischen Mitarbeitenden Vorgaben zur Wahl des Beförderungsmittels. So sind innerstädtische Wege zu Fuss, mit dem Fahrrad bzw. Elektrofahrrad oder mit dem öffentlichen Verkehr zurückzulegen. Die Autonutzung stellt eine Ausnahme dar. Ziel des

Gemeinderats ist, dass die Mitarbeitenden möglichst kostengünstig, ökologisch, stadtverträglich und damit nachhaltig unterwegs sind. Dieser Zielsetzung entsprechend können städtische Mitarbeitende seit Ende Juni 2018 das öffentliche PubliBike Angebot kostenlos benutzen. Einen entsprechenden Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 783 766.30 für die Jahre 2018 bis 2022 hat der Stadtrat mit SRB 2018-275 vom 17. Mai 2018 verabschiedet. Teil der Mobilitätspolicy sind auch Vorgaben an das städtische Flottenmanagement. Der Gemeinderat möchte mit dem Pooling der städtischen Fahrzeuge zur Personenbeförderung die Anzahl benötigter Fahrzeuge reduzieren und einen schrittweisen Umstieg auf alternative Antriebsformen einleiten.

Das Thema Flugreisen wird in der Mobilitätspolicy nicht behandelt. Beim Erlass der Mobilitätspolicy schien es dem Gemeinderat von untergeordneter Bedeutung zu sein, weil Mitarbeitende der Stadtverwaltung nur ausnahmsweise mit dem Flugzeug unterwegs sind. Allerdings ist das Flugzeug von allen möglichen Transportmitteln nachweisbar das klimaschädlichste. Während die Fliegerei global für knapp fünf Prozent des menschengemachten Klimaeffekts verantwortlich ist, trägt sie in der Schweiz über 18 Prozent bei. Da die meisten mitteleuropäischen Destinationen heutzutage mit vertretbarem Aufwand per Zug oder Zug und Fähre erreichbar sind, soll die Stadt auch bei Auslandsreisen eine Vorbildfunktion übernehmen. Der Gemeinderat hat daher die Verwaltung beauftragt, die Mobilitätspolicy mit folgenden Vorgaben zu ergänzen:

- Flüge sind für Dienstreisen in der Schweiz und in Mitteleuropa grundsätzlich nicht erlaubt.
- Beträgt der zeitliche Aufwand zur Zielerreichung mehr als zwölf Stunden, kann die Direktorin oder der Direktor auf begründeten Antrag eine Flugreise innerhalb Mitteleuropas genehmigen.
- Transkontinentalflüge sind nicht erlaubt. Über Ausnahmefälle entscheidet der Gemeinderat.
- Die CO₂-Emissionen von im Ausnahmefall genehmigten Flugreisen sind mittels Zertifikaten vollständig zu kompensieren.

Mit der Ergänzung der Mobilitätspolicy gemäss diesen Vorgaben erfüllt der Gemeinderat die Forderung der Motion nahezu vollständig. Von einem absoluten Verbot von Flugreisen will der Gemeinderat absehen, weil Flugreisen von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und von Mitgliedern des Gemeinderats in seltenen Ausnahmefällen von einem derartigen Interesse sein können, dass sich eine CO₂-kompensierte Reise mit dem Flugzeug rechtfertigen lässt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Geschäftliche Reisen innerhalb Mitteleuropas dauern mit dem Zug ab einer gewissen Distanz klar länger als mit dem Flugzeug. Die längere Reisezeit kann nicht als vollwertige produktive Arbeitszeit betrachtet werden. Wegen des Produktivitätsverlusts und weil der Zug oftmals teurer ist als das Flugzeug, werden geschäftliche Auslandsreisen mit den neuen Vorgaben zu den Flugreisen tendenziell teurer. Beziffern lassen sich diese Mehrkosten nicht, weil sie vom zukünftigen Reiseverhalten abhängen und die neuen Vorgaben zu Flugreisen auch zu einer Reduktion von weiten Auslandsreisen führen können.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 22. Mai 2019

Der Gemeinderat